

# Europäische Antworten auf globale Krisen

**BRIEFING FÜR JOURNALIST\*INNEN**

**DER AG GLOBALE VERANTWORTUNG ZUR EU-WAHL 2024**  **22.05.2024**

## Impressum

Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** ist der Dachverband von 36 österreichischen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe sowie entwicklungspolitischer Inlandsarbeit und Bildung. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich 1.000 Projekte in über 120 Ländern der Welt durch und tragen zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten bei.

### Herausgeberin

Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

**BÜRO** Apollogasse 4/9, 1070 Wien **TELEFON** +43 1 522 44 22–0

**EMAIL** [office@globaleverantwortung.at](mailto:office@globaleverantwortung.at) **WEBSITE** [www.globaleverantwortung.at](http://www.globaleverantwortung.at)

**FACEBOOK** [globaleverantwortung](https://www.facebook.com/globaleverantwortung) **LINKEDIN** [globaleverantwortung](https://www.linkedin.com/company/globaleverantwortung)



In Anbetracht der aktuellen Konflikte und Kriege, der Klimakrise, Gesundheits- und Schuldenkrisen, des zunehmenden Hungers, der steigenden Armut und ihren verheerenden Folgen für Menschen in Ländern des Globalen Südens ist es unerlässlich, drängende entwicklungspolitische Fragestellungen in den EU-Wahlkampf hineinzutragen. Lokale und internationale Akteur\*innen der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe – darunter unsere Mitgliedsorganisationen und ihre Partner\*innen – wissen, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten umfassend dazu beitragen können, diesen multiplen Krisen vorzubeugen, sie einzudämmen und zu bewältigen, da sie die Situation in den betroffenen Ländern aus erster Hand kennen.

In Ergänzung zu unseren [entwicklungspolitischen Forderungen zur EU-Wahl 2024](#), die sich an die künftigen österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (MEPs) richten, **wollen wir mit diesem Briefing Journalist\*innen dazu anregen, die Entwicklungspolitik der EU in medialen Diskussionen und Interviews mit MEPs zu thematisieren.** Denn die bevorstehende Wahl ist eine Richtungsentscheidung für ihre globale Rolle: Nimmt sich die EU wirtschaftsorientierte *Global Player* wie China zum Vorbild? Oder will sie ihren internationalen Partnerländern eine echte Alternative zu diesen sein und weltweit glaubwürdig zu Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten beitragen?

**Als entwicklungspolitischer Dachverband betrachten wir sichtbare und potenzielle Veränderungen in der EU-Entwicklungspolitik aktuell mit Sorge.** Im Folgenden die problematischsten Entwicklungen aus entwicklungspolitischer Perspektive:

- **Verschiebung der Prioritäten:** Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten fokussieren zunehmend auf nationale Agenden und wirtschaftliche Interessen anstatt auf Werte, die von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten geprägt sind. Ein ähnlicher Wandel ist auf EU-Ebene seit der letzten Kommission und der Verabschiedung der EU-Globalstrategie 2016,<sup>1</sup> aber besonders seit der Kommission unter Ursula von der Leyen zu beobachten.<sup>2</sup>
- **Geopolitischer Wettbewerb:** Der Wettstreit der EU mit China um Einfluss, zum Beispiel am afrikanischen Kontinent, gibt Ländern des Globalen Südens mehr Wahlmöglichkeiten, die sich etwa in deren Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen widerspiegeln.
- **Strategische Agenda:** Die entwicklungspolitische Vision der EU für die nächsten fünf Jahre konzentriert sich stark auf wirtschaftliche Interessen und Wettbewerbsfähigkeit, was sich besonders deutlich in der *Global Gateway Strategy* widerspiegelt. Beispielsweise plant die für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Generaldirektion der EU-Kommission (DG INTPA)<sup>3,4</sup> im Rahmen der Strategie

1 Europäische Union (Juni 2016): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy. Abgerufen unter: [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/eugs\\_review\\_web\\_0.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/eugs_review_web_0.pdf), Zugriff am 15.05.2024

2 Hackenesch, Christine; Keijzer, Niels; Koch, Svea (29.01.2024): Entwicklungspolitik bei den anstehenden Europawahlen (wieder) ins Blickfeld rücken. Abgerufen unter: <https://www.idos-research.de/die-aktuelle-kolumne/article/entwicklungspolitik-bei-den-anstehenden-europawahlen-wieder-ins-blickfeld-ruecken/>, Zugriff am 15.05.2024

3 Konkret deutet ein über Politico geleaktes Briefing für DG INTPA auf sich verändernde Prioritäten hin. Siehe Politico (18.04.2024): Briefing Book. Policy Field: International Partnerships. Abgerufen unter: <https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2024/04/18/draft-IntPa-briefing-for-next-Com-April-2024-1-cleaned.pdf>, Zugriff am 15.05.2024

4 Wir appellierten in einer Presseausendung an die österreichische Politik, dass die EU-Entwicklungszusammenarbeit nicht zum Spielball globaler Machtbestrebungen werden darf. Siehe AG Globale Verantwortung (06.05.2024): Geleakte Kommissionspläne gefährden die globale Rolle der EU. Abgerufen unter: <https://www.globale-verantwortung.at/presseausendung-geleakte-kommissionsplaene-gefaehrden-globale-rolle-der-eu/>, Zugriff am 15.05.2024; Zuvor richteten wir einen Brief an Bundesminister Alexander Schallenberg, siehe AG Globale Verantwortung (16.05.2024): Minister Schallenberg soll geleakte entwicklungspolitische Pläne der EU-Kommission ablehnen Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/brief-minister-schallenberg-soll-geleakte-eu-kommissionsplaene-ablehnen/>, Zugriff am 16.05.2024



künftig vorrangig in wirtschaftliche Interessen in geopolitisch relevanten Regionen zu investieren, anstatt auf weltweite Herausforderungen im Zusammenhang mit Armut und den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) zu fokussieren.

- **Politische Verschiebungen in europäischen Ländern**,<sup>5</sup> die traditionell als entwicklungspolitisch progressiv gelten, wirken sich mittlerweile deutlich auf die von der EU gelebte globale Solidarität und die Unterstützung für internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe aus. Die starke Verknüpfung von Hilfe mit Themen wie Migration und die Abschwächung progressiver Ansätze wie Feministischer Außenpolitik signalisieren einen Wandel in der Priorisierung und Ausrichtung der Entwicklungspolitik.

Die Auswirkungen der aktuellen EU-Politik stellen erhebliche Herausforderungen dar. *Global Gateway*, als Antwort auf Chinas „neue Seidenstraße“, schließt die Zivilgesellschaft aus und trägt nicht zu Armutsbekämpfung in den ärmsten Ländern der Welt bei. Das mögliche Erstarken rechter Parteien im EU-Parlament kündigt von Rückschritten bei demokratischen Prozessen und anderen besorgniserregenden Begleiterscheinungen. Kürzungen in der Entwicklungsfinanzierung und eine mangelnde Konsultation der Zivilgesellschaft in dieser Frage verschärfen die Lage im Kontext globaler Umbrüche und Unsicherheiten.

Auf diese Herausforderungen wollen wir als Teil der österreichischen und europäischen Zivilgesellschaft Antworten geben, die Anliegen der internationalen Entwicklung und Humanitären Hilfe wesentlich berücksichtigen. **Daher fokussieren wir in diesem EU-Wahlkampf auf sechs entwicklungspolitische Anliegen, zu denen wir Ihnen in diesem Briefing Interviewfragen vorschlagen und sie mit aktuellen Daten, Fakten und Zahlen untermauern:**

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                           |    |
|---------------------------------------------------------------------------|----|
| ○ Zivilgesellschaft und Demokratie weltweit schützen und fördern.....     | 4  |
| ○ Auf eine Feministische Außenpolitik fokussieren.....                    | 5  |
| ○ Kohärent und glaubwürdig nachhaltige Entwicklung ermöglichen.....       | 7  |
| ○ In eine lebenswerte Zukunft investieren.....                            | 8  |
| ○ Prinzipientreue und bedarfsgerechte Humanitäre Hilfe sicherstellen..... | 10 |
| ○ Klimagerechtigkeit als globale Verantwortung priorisieren.....          | 12 |

<sup>5</sup> **Finnland** wird erstmals von einer als weit rechts geltenden Partei regiert, die öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) kürzt und sie an die Rückführung von Asylsuchenden knüpft. **Dänemark** richtet seine Entwicklungspolitik stärker auf den Umgang mit „illegaler“ Migration aus. In **Norwegen** wurde erst kürzlich dem Außenministerium die Verantwortung für internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe in den Ländern Nordafrikas entzogen. Möglicherweise soll es weitere Kürzungen der bereitgestellten entwicklungspolitischen Mittel geben. **Schweden** hat die Bedeutung einer Feministischen Außenpolitik abgeschwächt und liebäugelt offen mit dem dänischen asylpolitischen Kurs. Die schwedische Entwicklungsagentur SIDA kündigte Ende März an, die mehrjährigen Verträge mit all ihren Partnerorganisationen zum Ende dieses Jahres zu kündigen, da sie Anfang 2025 ein neues Finanzierungsmodell einführen wird.



## Zivilgesellschaft und Demokratie weltweit schützen und fördern

Die internationale Allianz Civicus beobachtet die weltweite Situation der Zivilgesellschaft anhand folgender Fragen: **Achten Gesetzgebung, Rechtsprechung, Politik und staatliche Organe die Vereinigungsfreiheit, friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung? In welchem Ausmaß schützen Staaten diese Grundrechte?** Infolge stuft Civicus den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum weltweit nach fünf Kategorien ein: Offen, reduziert, eingeschränkt, unterdrückt und geschlossen.

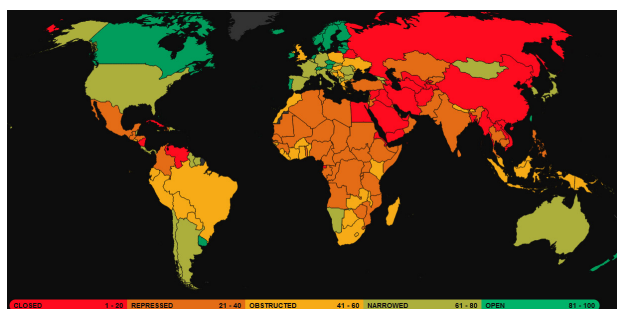
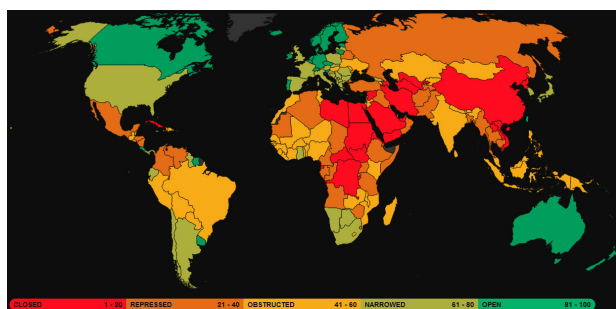
Heute leben 97,9%<sup>6</sup> der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft nicht ungehindert agieren kann. Fast ein Drittel lebt in Ländern mit geschlossenem Raum, 405 Mio. Menschen mehr als vor der COVID-19-Pandemie. Zudem berichten unsere Mitgliedsorganisationen von einem steigenden Druck auf ihre Partner\*innen in Ländern des Globalen Südens, Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger\*innen gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Seit 2015 hat das Business & Human Rights Ressource Centre (BHRRC) weltweit über 4.900

Attacken auf Menschenrechtsverteidiger\*innen registriert, darunter 938 Morde. 78 dieser Attacken trugen sich in der EU zu, im gesamten europäischen Raum sogar 530.<sup>7</sup> Auch die Pressefreiheit ist in Europa unzureichend, wie eine jährlich erscheinende Liste von Reporter

ohne Grenzen zeigt: Nur in acht Ländern ist sie gut, in 19 zufriedenstellend (darunter Österreich) und in weiteren 19 Ländern sogar problematisch oder schwierig. In 36 Ländern der Welt stuft Reporter ohne Grenzen die Situation der Pressefreiheit als ernst ein, das sind acht Länder mehr als 2022.<sup>8</sup>

| Der zivilgesellschaftlicher Raum ist ... | In diesen Ländern leben ...   |
|------------------------------------------|-------------------------------|
| ... 37 Ländern offen                     | ... 2,1% der Weltbevölkerung  |
| ... 43 Ländern reduziert                 | ... 12,1% der Weltbevölkerung |
| ... 40 Ländern eingeschränkt             | ... 14,8% der Weltbevölkerung |
| ... 50 Ländern unterdrückt               | ... 40,3% der Weltbevölkerung |
| ... 28 Ländern geschlossen               | ... 30,6% der Weltbevölkerung |

QUELLE: [monitor.civicus.org](https://monitor.civicus.org)



Die Weltkarten von Civicus zeigen, wie der aktuelle zivilgesellschaftliche Raum seit 2018 (links) weltweit geschrumpft ist (rechts: aktuell). QUELLE: [monitor.civicus.org](https://monitor.civicus.org)

<sup>6</sup> In unseren entwicklungspolitischen Forderungen zur EU-Wahl 2024 (Europäische Antworten auf globale Krisen, 29.02.2024) nennen wir 96,8% der Weltbevölkerung. Seit deren Veröffentlichung hat Civicus die Daten aktualisiert. Siehe Civicus (o.D.): Rights Reversed. A Downward Shift in Civic Space (2019-2023). Abgerufen unter: <https://monitor.civicus.org/rights-reversed-2019-to-2023/>, Zugriff am 15.05.2024

<sup>7</sup> BHRRC (o.D.): Civic Freedoms & HRD Data. Abgerufen unter: <https://www.business-humanrights.org/en/from-us/human-rights-defenders-database/>, Zugriff am 15.05.2025

<sup>8</sup> Reporter ohne Grenzen (03.05.2024): Weltrangliste der Pressefreiheit 2024. Abgerufen unter: <https://www.rog.at/pm/weltrangliste-der-pressefreiheit-2024/>, Zugriff am 15.05.2024



### Entwicklungspolitische Forderung an künftige MEPs<sup>9</sup>

Um die Rechte und Freiheiten der Zivilgesellschaft zu schützen und zu stärken und Pressefreiheit weltweit zu ermöglichen, ist die EU gefordert, sich klar gegen autoritäre Tendenzen und Einschränkungen der demokratischen Grundprinzipien zu stellen.

#### Mögliche Interviewfragen

- Wie beurteilen Sie die von Civicus erhobene Entwicklung zivilgesellschaftlicher Räume?
- Was braucht es aus Ihrer Sicht, um Einschränkungen für zivilgesellschaftliche Organisationen innerhalb und außerhalb der EU zu beheben?
- Wie werden Sie sich konkret dafür einsetzen, dass EU-Institutionen solchen Einschränkungen entgegenwirken, proaktiv zivilgesellschaftliche Räume fördern und Menschenrechtsverteidiger\*innen schützen?

### Auf eine Feministische Außenpolitik fokussieren

Eine Feministische Außenpolitik identifiziert patriarchale Normen sowie internationale Machtverhältnisse und fordert, diese abzubauen (wie zum Beispiel militarisierte und neokoloniale Gewaltstrukturen) bzw. zu transformieren.<sup>10</sup> Dabei verfolgt sie einen intersektionalen Ansatz, der gleichzeitig Geschlechtergerechtigkeit fördert und verschiedene Dimensionen von Diskriminierung, die marginalisierte Gruppen erfahren, berücksichtigt und bekämpft. Drei Grundprinzipien leiten die Feministische Außenpolitik (Drei R, siehe Infokasten).

Internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe sind wesentlicher Teil der Außenpolitik.

**Doch vergaben EU-Institutionen zuletzt weniger als 0,5% der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (siehe S. 9), die Geschlechtergerechtigkeit fördern sollen, an Frauenrechts- und**

**feministische Organisationen.<sup>11</sup> Dabei bestätigt die Forschung, dass feministischer Aktivismus und lokale Frauenrechtsorganisationen weltweite Geschlechtergerechtigkeit am erfolgreichsten vorantreiben.<sup>12</sup>**

#### Staaten mit Feministischer Außenpolitik

|           |                                         |
|-----------|-----------------------------------------|
| seit 2014 | Schweden                                |
| seit 2017 | Kanada                                  |
| seit 2019 | Frankreich                              |
| seit 2020 | Mexiko                                  |
| seit 2021 | Libyen, Spanien, Luxemburg, Deutschland |
| seit 2022 | Niederlande, Belgien, Kolumbien, Chile  |

Auch das EU-Parlament sprach sich mehrheitlich für eine Feministische Außenpolitik aus. Dabei ist anzumerken, dass diese nicht einheitlich definiert ist. QUELLE: VIDC

<sup>9</sup> In unserem Dokument *Europäische Antworten auf globale Krisen. Forderungen der AG Globale Verantwortung zur EU-Wahl 2024* konkretisieren wir jede unserer hier genannten Forderungen in mindestens drei Unterpunkten. Siehe AG Globale Verantwortung (29.02.2024): *Europäische Antworten auf globale Krisen. Forderungen der AG Globale Verantwortung zur EU-Wahl 2024*. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/forderungen-eu-wahl-2024-europaeische-antworten-auf-globale-krisen/>, Zugriff am 15.05.2024

<sup>10</sup> VIDC (März 2024): Policy Brief: Feministische Außenpolitik. Ein Weg zu einer gerechteren und friedlicheren Welt. Abgerufen unter: [https://www.vidc.org/fileadmin/magda/fem\\_aussenpolitik/policybrief\\_24\\_01\\_fin.pdf](https://www.vidc.org/fileadmin/magda/fem_aussenpolitik/policybrief_24_01_fin.pdf), Zugriff am 15.05.2024

<sup>11</sup> OECD (Juni 2022): Donor Charts. Aid in Support of Gender Equality and Women's Empowerment. Abgerufen unter: <https://www.oecd.org/development/financing-sustainable-development/Aid-to-gender-equality-donor-charts-2022.pdf>, Zugriff am 15.05.2024

<sup>12</sup> CONCORD (08.03.2023): Funding local women's rights organisations for transformative change Abgerufen unter: <https://concordeurope.org/resource/funding-local-womens-rights-organisations-for-transformative-change/>, Zugriff am 15.05.2024



### INFO

## Drei R als Grundprinzipien Feministischer Außenpolitik

- **Rechte:** Einsatz für die Rechte von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen weltweit. z.B.: Verbote von geschlechtsbezogener Diskriminierung, Zwangsehen und weiblicher Genitalverstümmelung. Förderung gleicher Rechte auf Erbschaft und Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, einschließlich Sexueller und Reproduktiver Gesundheit und Rechte.
- **Repräsentation:** Förderung der Einbindung von Frauen und marginalisierten Gruppen in alle Gesellschafts- und Politikbereiche. z.B.: Teilhabe von Frauen und marginalisierten Gruppen bei Friedensverhandlungen, in Unternehmensvorständen oder politischen Parteien.
- **Ressourcen:** Förderung eines gleichberechtigten Zugangs zu Ressourcen für Frauen und marginalisierte Gruppen, sowohl finanzielle, personelle und natürliche Ressourcen bis hin zu immateriellen Ressourcen wie Bildung und Netzwerke.<sup>13</sup> z.B.: Entwicklungspolitische Projekte verfolgen Geschlechtergerechtigkeit zumindest als Nebenziel (*Gender-Mainstreaming*) und in der Gestaltung öffentlicher Budgets wird die Geschlechterperspektive berücksichtigt (*Gender-Budgeting*).

## Entwicklungspolitische Forderung an künftige MEPs

Die EU ist gefordert, in ihrer Außenpolitik eine umfassende Geschlechtergerechtigkeit zu fördern, die sowohl Frauen, LGBTQI-Personen als auch Männer berücksichtigt und allen ein gewaltfreies wie selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

### Mögliche Interviewfragen

- Was verstehen Sie unter einer feministischen Außenpolitik und unterstützen Sie die Erstellung einer Feministischen EU-Außenpolitikstrategie?
- Finden Sie es wichtig, dass die Europäische Kommission die Direktfinanzierungen für Frauenrechtsorganisationen und feministische Organisationen in Ländern des Globalen Südens erhöht, und werden Sie sich dafür einsetzen?
- Die EU präsentiert sich als internationale Vorreiterin für Gleichstellung und hat etwa mit der Spotlight-Initiative<sup>14</sup> und dem Gender-Action-Plan III<sup>15</sup> Maßstäbe gesetzt. Wie kann die EU angesichts des erstarkenden Backlashs in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit, auch innerhalb der EU-Staaten, ihre Vorreiterrolle sicherstellen?
- Die EU versteht sich als Friedensprojekt. Auch eine Feministische Außenpolitik stellt den Frie-

<sup>13</sup> VIDC (März 2024): Policy Brief: Feministische Außenpolitik. Ein Weg zu einer gerechteren und friedlicheren Welt. Abgerufen unter: [https://www.vidc.org/fileadmin/magda/fem\\_aussenpolitik/policybrief\\_24\\_01\\_fin.pdf](https://www.vidc.org/fileadmin/magda/fem_aussenpolitik/policybrief_24_01_fin.pdf), Zugriff am 15.05.2024

<sup>14</sup> siehe [www.spotlightinitiative.org](https://www.spotlightinitiative.org), Zugriff am 15.05.2024

<sup>15</sup> Europäische Kommission (25.11.2020): Gender Action Plan – putting women and girls' rights at the heart of the global recovery for a gender-equal world. Abgerufen unter: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_20\\_2184](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_2184), Zugriff am 15.05.2024



den und die Sicherheit der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Handlungen. Welche Rolle kann oder sollte die EU in Hinblick auf globale Krisen und Konflikte spielen?

- Eine Feministische Außenpolitik fordert eine gleichberechtigte Repräsentation von Frauen und marginalisierten Gruppen auf allen Entscheidungsebenen. Aktuell liegt die Frauenquote im EU-Parlament bei 39,8%. Welche Maßnahmen braucht es, um eine Frauenquote im EU-Parlament von 50% zu erreichen und setzen Sie sich für diese ein?

## Kohärent und glaubwürdig nachhaltige Entwicklung ermöglichen

Eine wichtige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben für alle auf einem gesunden Planeten ist, dass alle Politikbereiche und politischen Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer SDGs weltweit beitragen und sie nicht behindern. Doch nach anfänglichen Fortschritten stagniert die Umsetzung seit Beginn der COVID-19-Pandemie. Das ist besorgniserregend, denn die Agenda 2030 zeigt Wege aus den multiplen Krisen auf, die verhindern, dass wir weiterhin einen sozialen und ökologischen Kipppunkt nach dem anderen überschreiten.

Das vergleichsweise gute Abschneiden vieler EU-Staaten bei der Umsetzung des UN-Aktionsplans birgt seine Schattenseiten. Einerseits belegt etwa Österreich den fünften Platz im aktuellen Ranking des Sustainable Development Solutions Network,<sup>16</sup> obwohl hierzulande zahlreiche Menschen von Armut betroffen sind. Dessen fünfter *Europe Sustainable Development Report*<sup>17</sup> warnt gar, dass **die EU und ihre Mitglieder bei gleichbleibendem Tempo voraussichtlich ein Drittel der SDGs nicht erreichen werden.**

Andererseits **verursachen die EU-Staaten sogenannte negative Spillover-Effekte, die Länder des Globalen Südens an einer nachhaltigen Entwicklung hindern.** Im Spillover-Ranking schneidet Österreich mit Platz 152 von 166 besonders schlecht ab, was der internationalen Glaubwürdigkeit Österreichs, ebenso wie anderer EU-Länder und der EU selbst schadet. Solche Effekte entstehen beispielsweise durch die Inkaufnahme schlechter Arbeitsstandards entlang internationaler Lieferketten, durch die hohe Nachfrage nach Rohstoffen (deren Gewinnung die Umwelt und Biodiversität gefährdet, z.B. Palmöl oder mineralische Rohstoffe), oder durch die Auslagerung emissionsintensiver Produktionsprozesse. Eine engagierte Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes könnte negativen Spillover-Effekten entgegenwirken.

### Abstimmungsverhalten österreichischer Parteien über das EU-Lieferkettengesetz

| ÖVP (EVP) |   |   |   |   |   | SPÖ (S&D) |   |   |   |   | FPÖ (ID) |   |   | Die Grünen (Grüne EFA) |   |   | NEOS (Renew Europe) |
|-----------|---|---|---|---|---|-----------|---|---|---|---|----------|---|---|------------------------|---|---|---------------------|
| A         | E | N | N | A | N | N         | J | J | J | J | N        | N | N | J                      | J | J | E                   |

Abstimmungsverhalten österreichischer Parteien bei der finalen Abstimmung über das (bereits abgeschwächte) EU-Lieferkettengesetz bei der Plenarsitzung von 22. bis 25. April 2024. J = Ja; E = Enthalten; N = Nein; A = Abwesend. QUELLE: [www.oegfe.at/abstimmungsmonitoring](http://www.oegfe.at/abstimmungsmonitoring)

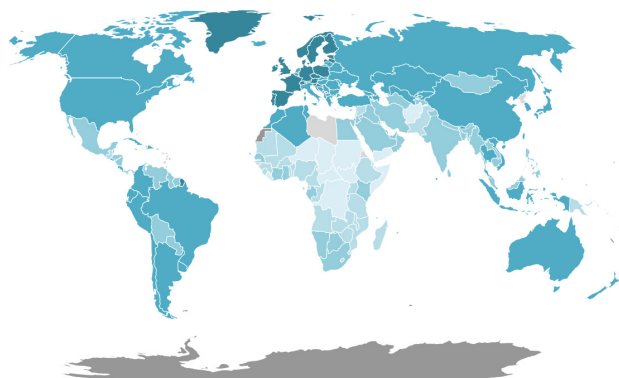
<sup>16</sup> Sustainable Development Solutions Network (2023): Sustainable Development Report 2023. Abgerufen unter: <https://dashboards.sdindex.org>. Zugriff am 15.05.2024

<sup>17</sup> Sustainable Development Solutions Network (2024): Europe Sustainable Development Report 2023/2024. Abgerufen unter: <https://eu-dashboards.sdindex.org/>. Zugriff am 15.05.2024

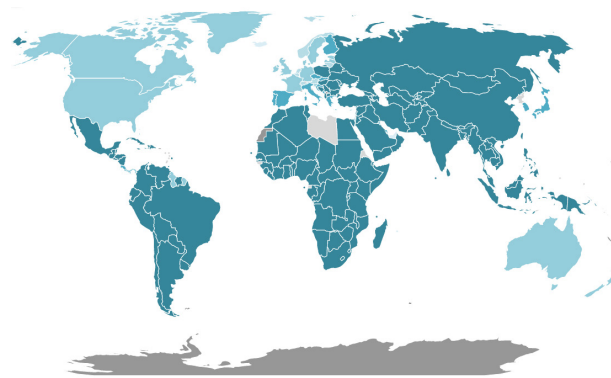




## Europäische Antworten auf globale Krisen



Je dunkler ein Land eingefärbt ist, desto erfolgreicher ist es bei der Erreichung der SDGs. QUELLE: [dashboards.sdgindex.org/map](https://dashboards.sdgindex.org/map)



Je heller ein Land gefärbt ist, für umso mehr negative Spillover-Effekte ist es verantwortlich. QUELLE: [dashboards.sdgindex.org/map/spillovers](https://dashboards.sdgindex.org/map/spillovers)

### Entwicklungspolitische Forderung an künftige MEPs

Um die nachhaltige Entwicklung anderer Länder nicht zu untergraben, ist die EU gefordert, ihre (politischen) Aktivitäten in anderen Weltregionen konsequent an Demokratie, Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit auszurichten.

#### **Mögliche Interviewfragen**

- In welchen Politikbereichen sehen Sie negative Auswirkungen von EU-Politiken auf die Fähigkeit der ärmsten Länder, Armut zu beseitigen und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen?
- Werden Sie konkrete Schritte setzen, damit die EU negative Auswirkungen systematisch prüft, vermeidet und gegebenenfalls beendet? Wenn ja, welche Schritte sind das? Wenn nein, weshalb nicht?
- Werden Sie sich für eine unabhängige österreichische Behörde zur Umsetzung und Kontrolle des EU-Lieferkettengesetzes einsetzen, die mit ausreichend Personal, Expertise und Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet ist, um eine maximale Wirksamkeit des Gesetzes in den Ländern des Globalen Südens zu gewährleisten?

### In eine lebenswerte Zukunft investieren

In seinem *AidWatch Report 2023* kritisierte der europäische entwicklungspolitische Dachverband CONCORD, dass EU-Staaten ihre öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (siehe Infokasten) aufblasen, indem sie Ausgaben einberechnen, die nicht direkt zu weltweiter nachhaltiger Entwicklung beitragen.<sup>18</sup> Dazu zählen beispielsweise Stipendien für Studierende aus Drittländern oder Unterstützungskosten für schutzsuchende Menschen innerhalb eines EU-Staates. Dieses Vorgehen steht in starkem Kontrast zu einer weiteren Verpflichtung der OECD-Staaten, die etwa Österreich noch nie erreicht hat: 0,2 Prozentpunkte der vereinbarten 0,7% des BNE für Menschen in den ärmsten Ländern der Welt bereitzustellen.

<sup>18</sup> AG Globale Verantwortung (23.12.2023): AidWatch Report 2023: Die ODA-Inflationsblase platzen lassen, Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/aidwatch-report-2023/> Zugriff am 15.05.2024





Dennoch kürzte die EU im Februar 2024 ihr entwicklungspolitisches Budget *Global Europe* um 4,6 Mrd. Euro im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des *Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027* (MFF).<sup>19</sup> Zudem steht der Vorschlag, 2 Mrd. Euro für Migrationsprioritäten umzuschichten, im Raum,<sup>20</sup> und rechtliche Fragen bleiben ungeklärt.<sup>21</sup> Erhalten fragile und arme Länder weniger entwicklungspolitische Mittel von der EU, sind sie kaum in der Lage, die SDGs noch zu erreichen. Dadurch setzt die EU ihre Relevanz, Glaubwürdigkeit und Kapazitäten gegenüber internationalen Partnerschaften aufs Spiel. Insbesondere zu jenen, zu denen die Beziehung bereits angespannt ist.

### INFO

Das Development Assistance Committee (DAC) der OECD veröffentlicht jeden April die voraussichtlichen **öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen** (*Official Development Assistance*, ODA) der OECD-Mitgliedstaaten des Vorjahres, die endgültigen Zahlen folgen im Dezember. Dadurch schafft das DAC einen regelmäßigen Vergleich zwischen den entwicklungspolitischen Ausgaben der EU-Staaten und anderen wohlhabenden Ländern, allen voran für internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe, und weist bei dieser Gelegenheit auf Herausforderungen in der Entwicklungsfinanzierung hin. Nur die wenigsten Länder kommen ihrer Verpflichtung, jährlich Entwicklungshilfeleistungen in Höhe von 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) bereitzustellen, nach.

Mit voraussichtlich 0,38% des BNE erreichte Österreichs ODA-Quote 2023 erneut ein akzeptables Niveau, das 0,01 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert liegt.<sup>22</sup> Trotz Bekenntnissen und Fortschritten verabsäumte es die aktuelle Koalition jedoch, in den letzten Jahren die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die österreichische ODA über den europäischen DAC-Durchschnitt von derzeit

|             | Voraussichtliche ODA-Quote 2023 | Mittel für Humanitäre Hilfe in der Ukraine 2023 (absolut) | Mittel für Humanitäre Hilfe in der Ukraine 2023 (pro Kopf) |
|-------------|---------------------------------|-----------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| Österreich  | 0,38% des BNE                   | 59 Mio. €                                                 | 6,4 €                                                      |
| Finnland    | 0,52% des BNE                   | 64 Mio. €                                                 | 11,4 €                                                     |
| Niederlande | 0,66% des BNE                   | 319 Mio. €                                                | 18,1 €                                                     |
| Dänemark    | 0,74% des BNE                   | 166 Mio. €                                                | 28,1 €                                                     |
| Schweden    | 0,91% des BNE                   | 221 Mio. €                                                | 21,1 €                                                     |

Österreichs ODA-Quote und Mittel für Humanitäre Hilfe in der Ukraine im Jahr 2023 im Vergleich zu jenen skandinavischer Länder. QUELLE: [www.oecd.org](http://www.oecd.org)

19 Euronews (03.02.2024): The truth behind the €64.6-billion budget deal agreed by EU leaders Abgerufen unter: <https://www.euronews.com/my-europe/2024/02/03/the-truth-behind-the-646-billion-budget-deal-agreed-by-eu-leaders>, Zugriff am 15.05.2024

20 CONCORD (28.02.2024): Guide to Global Europe Funding 2021-2027: For civil society organisations Abgerufen unter: <https://concordeurope.org/resource/guide-to-global-europe-funding-2021-2027-for-civil-society-organisations/>, Zugriff am 15.05.2024

21 Insbesondere in Bezug auf Abweichungen von Artikel 6 (Politikkohärenz, SDGs, geografische Programme), Artikel 30 (Mittelzuweisungen für und Beziehungen mit Asien und Amerika) der Verordnung *NDICI-Global Europe* und in Bezug auf potenzielle negative Auswirkungen auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen sowie fragile Länder. EUR-Lex (Stand 14.06.2021): Document 32021R0947 Abgerufen unter: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2021/947/oj>, Zugriff am 15.05.2024

22 AG Globale Verantwortung (11.04.2024): Entwicklungshilfeleistungen: Weiterer Handlungsbedarf in Richtung Spitzenfeld. Abgerufen unter: <https://www.globale-verantwortung.at/presseaussendung-entwicklungshilfeleistungen-weiterer-handlungsbedarf-in-richtung-spitzenfeld/>, Zugriff am 15.05.2024



0,47% zu heben, geschweige denn das 0,7%-Ziel zu erreichen. Besonders deutlich macht das ein Blick auf die wirtschaftlich vergleichbaren skandinavischen EU-Länder (siehe Tabelle). Darüber hinaus erlauben die Daten des OECD-DAC auch einen Vergleich ihres konkreten Mittelsatzes; zum Beispiel, mit welchen Mitteln EU-Länder im Jahr 2023 die Humanitäre Hilfe in der Ukraine unterstützten.

→

### Entwicklungspolitische Forderung an künftige MEPs

*Die EU ist gefordert, ausreichend Mittel bereitzustellen, mit denen sie weltweit dazu beitragen kann, Krisen zu bewältigen und Ungleichheiten sowie Armut zu beseitigen. Die Vergabe der Mittel ist strategisch zu verankern und eine dahingehende Transparenz ist sicherzustellen.*

#### Mögliche Interviewfragen

- Angesichts der aktuellen Kürzungen der entwicklungspolitischen Mittel der EU: Wie beabsichtigen Sie die globale Führungsrolle der EU bei der Bewältigung von Krisen und der Beseitigung von Ungleichheiten und Armut zu stärken?
- Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Umschichtungen von Globale-Europe-Mitteln für Migrationsprioritäten nicht die Umsetzung der Agenda 2030 der EU und ihrer Partnerländer gefährden?
- Was braucht es Ihrer Ansicht nach, damit die EU und ihre Mitgliedsstaaten das international vereinbarte 0,7%-Ziel erreichen und sicherstellen, dass ein angemessener Anteil den ärmsten Ländern der Welt zugutekommt?

### Prinzipientreue und bedarfsgerechte Humanitäre Hilfe sicherstellen

Jedes Jahr verdanken Millionen Menschen ihr Überleben der Humanitären Hilfe, die die EU maßgeblich unterstützt. Doch hat ihre Anzahl aufgrund der derzeitigen, sich gegenseitig verstärkenden multiplen Krisen ein nie dagewesenes Niveau erreicht. „Fast 340 Mio. Menschen sind auf Humanitäre Hilfe angewiesen. Zum Vergleich: Es gibt nur zwei Länder auf der Welt, in denen mehr Menschen leben, Indien und China. Das bedeutet, dass diese Zahl das drittgrößte Land wäre, wenn es ein Land wären“, illustrierte Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenschutz, in seiner Keynote beim sechsten Humanitarian Congress Vienna am 16. Juni 2023 die humanitäre Lage.<sup>23</sup> Laut offizieller Zahlen sind 2024 knapp **300 Mio. Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen**.<sup>24</sup>

Die Kluft zwischen humanitärem Bedarf und Ressourcen wird immer größer: **Im Jahr 2023 wurden nur 40% des gesamten humanitären Finanzierungsbedarfs gedeckt** (siehe Grafik). Hinzu kommt, dass zuletzt **bis zu 783 Mio. Menschen nicht genug zu essen hatten, rund 122 Millionen mehr als vor der COVID-19-Pandemie**.<sup>25</sup> „Von den rund 100 Mio. Menschen, die in den letzten 150

<sup>23</sup> Janez Lenarčič (2023): Speeches and Contributions. Abgerufen unter: <https://humanitariancongress.at/speeches-and-contributions-to-the-6th-humanitarian-congress-vienna/>, Zugriff am 15.05.2024

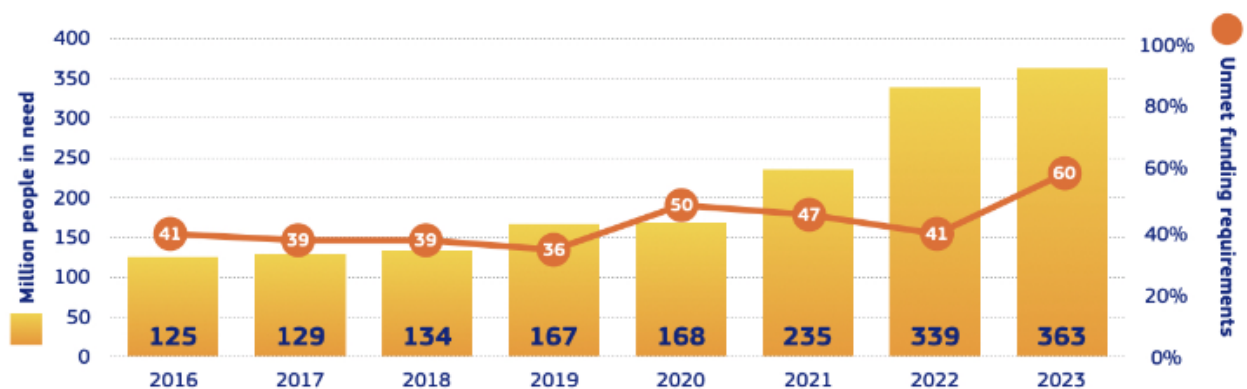
<sup>24</sup> UN OCHA (11.12.2023): Global Humanitarian Overview 2024. Abgerufen unter: <https://www.unocha.org/publications/report/world/global-humanitarian-overview-2024-enarfres>, Zugriff am 15.05.2024

<sup>25</sup> FAO (o.D.): Hunger and food insecurity. Abgerufen unter: <https://www.fao.org/hunger/en/>, Zugriff am 15.05.2024



Jahren weltweit in Hungersnöten umkamen, sind mehr als zwei Drittel in Hungersnöten umgekommen, die direkt durch Kriege, Massengräuel oder politische Missstände verursacht wurden. Hungersnöte sind in erster Linie ein Akt, der von Regierungen begangen wird“, warnte Alex de Waal, Direktor der World Peace Foundation, ebenfalls beim Kongress.

### Increasing humanitarian needs and unmet funding requirements (2016 - 2023)

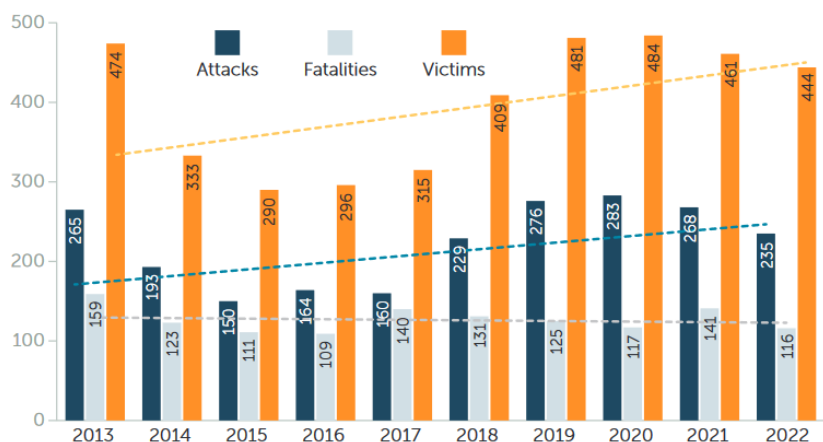


Source: Source: Global Humanitarian Overview/ UN OCHA Financial Tracking Service

QUELLE: [europeanhumanitarianforum.eu](https://europeanhumanitarianforum.eu)

War Humanitäre Hilfe schon immer dem Spannungsfeld internationaler Politik ausgesetzt (und gleichzeitig von lokalen Realitäten geprägt), **häufen sich derzeit Fälle, in denen unterschiedliche Akteur\*innen das Humanitäre Völkerrecht verletzen**. Dessen Grundsätze, zu denen auch der Schutz von medizinischen und zivilen Einrichtungen zählt, galten lange Zeit als unantastbar. Doch ist unumstritten, dass effektive Hilfe nur gelingen kann, wenn einerseits das Humanitäre Völkerrecht sowie die Humanitären Prinzipien *Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität* von allen Akteur\*innen eingehalten werden. Andererseits ist ein koordiniertes Vorgehen notwendig, um multiplen Krisen vorbeugen, sie eindämmen und bewältigen zu können, insbesondere in Krisen- und Katastrophengebieten.

### Attacks affecting aid workers, total victims, and fatalities 2013–2022



QUELLE: [www.humanitarianoutcomes.org](https://www.humanitarianoutcomes.org)



---

## Entwicklungspolitische Forderung an künftige MEPs

Die EU ist gefordert, ihre Rolle in der Humanitären Hilfe zu stärken und die Rahmenbedingungen für diese zu verbessern.

### **Mögliche Interviewfragen**

- *Werden Sie in Anbetracht des erheblich erhöhten und weiter steigenden Bedarfs an Humanitärer Hilfe, bedingt durch die sich gegenseitig verstärkenden multiplen Krisen, als MEP darauf hinarbeiten, dass die EU ausreichend zusätzliche Mittel für Humanitäre Hilfe bereitstellt?*
- *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU weitere präventive Mechanismen implementiert oder entwickelt, um schneller und umfassender auf weltweite Krisen und Katastrophen reagieren zu können?*
- *Was kann die EU als weltweite Förderin von Frieden, Stabilität und Entwicklung tun, um die Grundsätze des Humanitären Völkerrechts und die Humanitären Prinzipien zu stärken bzw. wiederzubeleben?*

## Klimagerechtigkeit als globale Verantwortung priorisieren

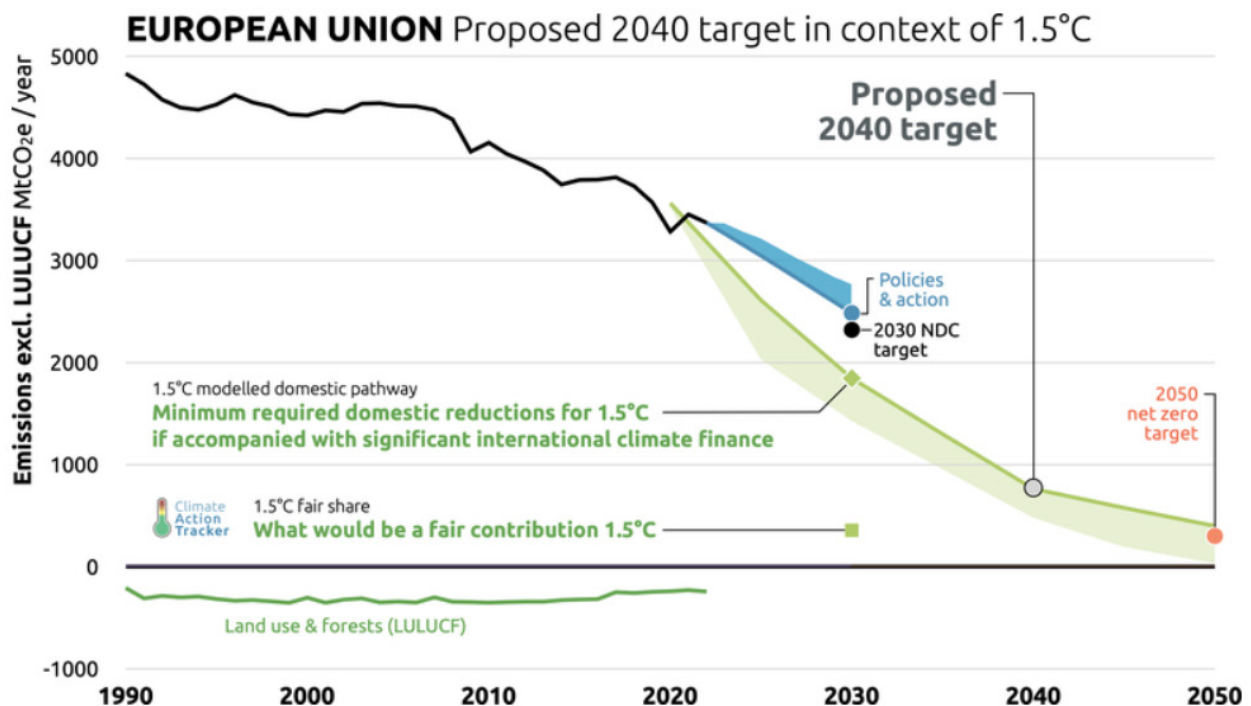
Die EU hat sich dazu verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden, sprich ihre Nettoemissionen auf Null zu reduzieren. Als Zwischenziel strebt sie an, bis 2030 ihre Emissionen um 55% gegenüber dem Niveau von 1990 zu reduzieren. **Die aktuellen Ziele und Maßnahmen der EU reichen jedoch nicht aus, um das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen, zu erreichen. Aktuell sind die Maßnahmen der EU konsistent mit einer Erderhitzung von 2°C bis 3°C.**<sup>26</sup> Im Februar 2024 machte die Europäische Kommission einen Vorschlag für ein neues 2040-Klimaziel, der eine Netto-Emissionsreduktion von 90% (gegenüber dem Niveau von 1990) bis 2040 vorsieht. Jedoch geht der Vorschlag nicht weit genug, um tatsächlich Kurs auf das 1,5°C-Ziel zu nehmen: Er sieht keine Anpassung des unzureichenden 2030-Ziels vor und beinhaltet keinen Zeitplan für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, setzt aber auf die technisch noch nicht ausgereifte Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff (CCS).

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern die EU auf, unter anderem ihr 2030-**Emissionsreduktionsziel** auf 65% zu erhöhen und sich dazu zu verpflichten, bereits 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Die EU soll einen raschen Ausstieg aus fossilen Energieträgern anstreben, natürliche Kohlenstoffspeicher (Wälder, Feuchtgebiete, etc.) fördern und die technische Abscheidung auf Bereiche einschränken, bei denen es keine Alternativen gibt.<sup>27</sup>

---

<sup>26</sup> OXFAM (05.06.2023): Briefing Paper: Climate Finance Shadow Report 2023: Assessing the delivery of the \$100 billion commitment. Abgerufen unter: <https://policy-practice.oxfam.org/resources/climate-finance-shadow-report-2023-621500/>, Zugriff am 16.05.2024

<sup>27</sup> Allianz für Klimagerechtigkeit (Mai 2024): Anliegen zur EU-Wahl 2024. Abgerufen unter: <https://klimaallianz.at/anliegen-zur-eu-wahl-2024/>, Zugriff am 16.05.2024



QUELLE: [climateactiontracker.org](https://climateactiontracker.org)

Bereits 2008 verpflichteten sich wohlhabende Länder, darunter die EU-Staaten, ärmeren Ländern jährlich 100 Mrd. US-Dollar an Klimafinanzierung zur Verfügung zu stellen, um diese dabei zu unterstützen, Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Anpassung an die Klimakrise zu setzen. Erreicht wurde dieses Ziel bislang nicht. Im Jahr 2020 deklarierten Länder des Globalen Nordens 83,3 Mrd. US-Dollar als Klimafinanzierung, wobei sie lediglich ein Viertel der berichteten Klimafinanzierung als Zuschüsse zur Verfügung stellten. Der Rest sind Kredite, die sie Ländern des Globalen Südens häufig nicht einmal zu günstigeren Bedingungen als den marktüblichen gewährten. Weniger als ein Viertel der Gelder ging an die ärmsten Länder der Welt sowie die besonders gefährdeten Small Island Developing States (SIDS).<sup>28</sup>

Im internationalen Vergleich gilt die EU als Vorreiter im Bereich der internationalen Klimafinanzierung: Gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten stellt sie dafür seit Jahren den größten Beitrag aller Industriestaaten zur Verfügung. Manche Mitgliedsstaaten leisten deutlich mehr als ihren *Fairshare*,<sup>29</sup> zuletzt auch Österreich,<sup>30</sup> während andere weniger bereitstellen.

Art. 2.1c des Pariser Klimaabkommens enthält das Ziel, öffentliche und private Finanzmittelflüsse in Einklang mit einer emissionsarmen und resilienten Entwicklung zu bringen, also klimaschädliche Investitionen zu stoppen. Im eklatanten Widerspruch dazu gehören **europäische Banken zu den größten Finanzierern von fossiler Energie weltweit**. Zwischen 2016, das Jahr in dem das Pariser Klimaabkommen in Kraft trat, und 2022 haben europäische Banken 1,3 Trillionen UD-Dollar in fossile

<sup>28</sup> OXFAM (05.06.2023): Briefing Paper: Climate Finance Shadow Report 2023: Assessing the delivery of the \$100 billion commitment. Abgerufen unter: <https://policy-practice.oxfam.org/resources/climate-finance-shadow-report-2023-621500/>, Zugriff am 16.05.2024

<sup>29</sup> Die Berechnung basiert auf der historischen Verantwortung der Staaten für die Klimakrise, ihrem BIP und ihrer Bevölkerungsgröße.

<sup>30</sup> ODI (13.09.2023): A fair share of climate finance? The adaptation edition. Abgerufen unter: <https://odi.org/en/publications/a-fair-share-of-climate-finance-the-adaptation-edition>, Zugriff am 16.05.2024



## Europäische Antworten auf globale Krisen

Energie investiert; 130,5 Mrd. US-Dollar davon allein im Jahr 2022.<sup>31</sup> Im Vergleich dazu fällt der Beitrag der EU zur internationalen Finanzierung von Klimamaßnahmen mager aus: 2022 mobilisierten die EU und ihre 27 Mitgliedsstaaten 28,5 Milliarden Euro aus öffentlichen plus 11,9 Mrd. Euro aus privaten Quellen, um Länder des Globalen Südens dabei zu unterstützen, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren und sich an die Auswirkungen der Klimakrise anzupassen.<sup>32</sup>

→

### Entwicklungspolitische Forderung an künftige MEPs

Die EU ist gefordert, ihrer Mitverantwortung für die Klimakrise nachzukommen und Länder des Globalen Südens bei der Finanzierung von Schutz- und Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen. Immerhin verursacht sie zusammen mit anderen wohlhabenden Staaten über 80% der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen und verfügt darüber hinaus über die gefragten finanziellen und technischen Ressourcen zur Lösung der Klimakrise.

### Mögliche Interviewfragen

- *Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU auf Kurs des Pariser Klimaziels einer Erderhitzung von maximal 1,5°C kommt und wie stehen Sie zum wenig ambitionierten neuen 2040-Klimaziel, das die Europäische Kommission vorgeschlagen hat?*
- *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU ihre Vorreiterrolle in der internationale Klimafinanzierung beibehält und alle Mitgliedstaaten einen fairen Beitrag leisten, der ihrer globalen Verantwortung und ihren finanziellen Möglichkeiten entspricht?*
- *Wie erklären Sie die Tatsache, dass europäische private Banken 2022 beinahe drei Mal mehr in fossile Energie investierten als die EU an öffentlichen und privaten Geldern für die internationale Klimafinanzierung mobilisierte? Welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses klimaschädliche Investitionsverhalten zu beenden?*

<sup>31</sup> Urgewald (13.04.2023): European banks among biggest drivers of fossil fuel expansion Abgerufen unter: <https://www.urgewald.org/en/medien/european-banks-among-biggest-drivers-fossil-fuel-expansion>, Zugriff am 16.05.2024

<sup>32</sup> Europäischer Rat (Stand 27.01.2024): Finanzierung der Klimawende Abgerufen unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/climate-finance/>, Zugriff am 16.05.2024